

März 2026

Länderbericht

Regionalprojekt Nordische Länder



Parlamentswahl in Dänemark

Richtungsweisend für die künftige Ausrichtung des Landes

Christine Leuchtenmüller, Jacqueline Kossmann, Charlotte Storch

Am 24. März 2026 wählten die Däninnen und Dänen ihr neues Parlament: Die regierenden Sozialdemokraten von Ministerpräsidentin Mette Frederiksen verzeichneten eine historische Niederlage, blieben jedoch stärkste Kraft und erhielten knapp 22 Prozent der abgegebenen Stimmen. Damit liegt der Auftrag zur Bildung einer Koalition bei Frederiksen. Rund 4,3 Millionen Däninnen und Dänen waren zur Wahl aufgerufen. Nach Angaben der dänischen Wahlbehörde am Dienstagabend lag die Wahlbeteiligung bei 84 Prozent. Im Wahlkampf wurden hauptsächlich innen- und sozialpolitische Themen kontrovers diskutiert, während bei den Themen wie Verteidigung oder strengeren Migrationsregeln größtenteils Einigkeit herrschte.

Das Wahlergebnis

Die bisherige Regierungskoalition verlor an Zustimmung. Die Sozialdemokraten konnten erneut die Wahl gewinnen und sind wiederholt stärkste Kraft geworden, obwohl sie ein historisch schlechtes Ergebnis einfuhren. Die liberale Venstre verzeichnete ebenfalls Verluste, bleibt jedoch weiterhin die stärkste Kraft im blauen Block. Den geringsten Stimmverlust mussten die Moderaten des amtierenden Außenministers Lars Løkke Rasmussen hinnehmen. Aktuell hat der rote Block mit 84 Mandaten die Mehrheit im Parlament. Der blaue Block kommt auf 77 Mandate, die Moderaten auf 14. Damit kann keiner der politischen Blöcke eine Mehrheit bilden, ohne auf die Mandate der Moderaten angewiesen zu sein.

Politischer Hintergrund: Grönland-Krise und Kommunalwahlen

Die dänische Parlamentswahl fand vor dem Hintergrund der Drohungen des amerikanischen Präsidenten, Grönland notfalls militärisch übernehmen zu wollen, statt. Grönland gehört als autonome Region zum Königreich Dänemark, das für dessen Sicherheit und Verteidigung zuständig ist. Die Drohung Trumps war für viele Dänen ein Schock, und Frederiksen, die sich entschieden

gegen Trump stellte, präsentierte sich als geschickte Verteidigerin dänischer Interessen und als souveräne Krisenmanagerin. In der Folge gewann ihre Koalition aus Sozialdemokraten, Moderaten und der liberalen Venstre an Zustimmung. Frederiksen nutzte das politische Momentum und kündigte Ende Februar vorgezogene Parlamentswahlen für den 24. März an, also gerade einmal dreieinhalb Wochen später. Dabei kam Frederiksen eine Besonderheit in Dänemark zugute. Hier kann der Regierungschef den genauen Wahltermin bestimmen. Eigentlich wäre bis zum Herbst Zeit gewesen, um die Parlamentswahlen durchzuführen.

Lange Zeit hatte die Regierungskoalition als unpopulär gegolten und musste auf kommunaler Ebene deutliche Rückschläge hinnehmen. Bei den vergangenen Kommunalwahlen verloren die Sozialdemokraten in mehreren großen Städten an Unterstützung – besonders symbolträchtig war der Verlust des Bürgermeisteramtes in Kopenhagen. Dieser Einschnitt verwies auf eine wachsende Distanz zwischen Regierungspolitik und urbanen Wählerschichten.

Die Entwicklungen in Grönland unterstreichen die politische Dynamik im Königreich. Die Kandidatur der grönländischen Wirtschaftsministerin Naaja Nathanielsen und der Gesundheitsministerin Anna Wangenheim führte zum Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung in Nuuk, ohne jedoch deren Stabilität zu gefährden.

Partei	Stimmanteil 2026	Sitze 2026	Wahlergebnis 2022 (in%)
Socialdemokratiet	21,8%	38	27,5%
Socialistisk Folkeparti	11,6%	20	8,3%
Venstre	10,1%	18	13,3%
Liberale Alliance	9,4%	16	7,9%
Dansk Folkeparti	9,1%	16	2,6%
Moderate	7,7%	14	9,3%
Konservative	7,6%	13	5,5%
Einheitsliste	6,3%	11	5,1%
Radikale Venstre	5,8%	10	3,8%
Dänemarkdemokraten	5,8%	10	8,1%
Alternative	2,6%	5	3,3%
Bürgerliche Partei	2,1%	4	-

Das dänische Wahlsystem

Die Parteien in Dänemark rechnen sich entweder dem blauen (bürgerlich, wirtschaftsliberal) oder dem roten Block (sozialliberal) zu. Die Moderaten von Lars Løkke Rasmussen fühlen sich ausdrücklich keinem Block zugehörig.

Das Wahlsystem basiert auf proportionaler Repräsentation, um eine faire und landesweit ausgewogene Sitzverteilung im 179-köpfigen Parlament (Folketing) zu gewährleisten. 175 der Mandate kommen aus Dänemark, zwei jeweils aus Grönland und den Färöer-Inseln.

Die 135 Sitze werden in zehn Mehrmandatswahlkreise nach Stimmenanteilen vergeben, weitere 40 Ausgleichsmandate korrigieren mögliche Verzerrungen. Die Sperrklausel ist mit zwei Prozent bewusst niedrig gehalten, wodurch auch kleinere Parteien eine Rolle spielen können. Gewählt wird planmäßig in einem 4-Jahres-Turnus.

Die nordatlantischen Mandate als politischer Faktor

Grönland und die Färöer-Inseln verfügen über eigene Stimmen, weil sowohl Grönland als auch die Färöer als autonome Teile des Königreichs Dänemark im Parlament repräsentiert sind und jeweils zwei Abgeordnete ins Folketing entsenden.

Die vier Mandate aus Grönland und den Färöern können bei knappen Mehrheitsverhältnissen im dänischen Parlament eine entscheidende Rolle spielen, da sie oft das Zünglein an der Waage zwischen den politischen Blöcken sind. Gleichzeitig bringen sie eigenständige politische Interessen ein – insbesondere in Fragen von Autonomie, Außenpolitik und Ressourcen –, die den politischen Kurs in Kopenhagen mitprägen können.

Die aktuelle grönländische Wirtschaftsministerin Naaja Nathanielsen hat eines der grönländischen Mandate erhalten und zieht somit in das dänische Parlament ein. Folglich muss die grönländische Regierung Ministerposten neu besetzen.

Themen im Wahlkampf

Der Wahlkampf war, wie immer, kurz und intensiv angelegt und wurde inhaltlich von grundlegenden sozialpolitischen Themen geprägt. Frederiksen hatte angekündigt, eine Vermögenssteuer einzuführen. Damit griff sie ein klassisches sozialdemokratisches Thema auf. Der Vorschlag war jedoch hoch umstritten. Während Befürworter eine gerechtere Verteilung und stabile Staatsfinanzen betonten, warnten Kritiker vor Kapitalflucht, Investitionsrückgängen und Wettbewerbsnachteilen.

Streitpunkt: Rentenpolitik

Eng damit verbunden war die Rentenpolitik, die im Wahlkampf zunehmend an Gewicht gewann. Dänemark verfügt über ein formal stabiles, aber politisch sensibles Rentensystem, das unter anderem eine automatische Anhebung des Renteneintrittsalters vorsieht. Dieses soll langfristig weiter steigen, was in der Bevölkerung – insbesondere bei körperlich belastenden Berufen – auf wachsende Skepsis stößt. Der rote Block plädierte daher für eine stärkere soziale Abfederung. Dazu gehören flexiblere Übergänge in den Ruhestand sowie Sonderregelungen für Personen mit langen Erwerbsbiografien oder besonders belastende Tätigkeiten. Der blaue Block hingegen betonte stärker die finanzielle Nachhaltigkeit des Systems. Parteien wie Venstre und die Liberale Alliance argumentierten, dass angesichts des demografischen Wandels ein höheres Renteneintrittsalter unvermeidlich sei. Sie plädierten im Wahlkampf für längere Erwerbszeiten, stärkere private Vorsorge und arbeitsmarktpolitische Anreize für ältere Beschäftigte. Während der rote Block stärker auf Verteilungsgerechtigkeit und soziale Differenzierung setzte, lag der Fokus des bürgerlichen Lagers auf Stabilität, Wettbewerbsfähigkeit und fiskalischer Tragfähigkeit. Die Rentenpolitik wurde damit im Wahlkampf zu einer zentralen gesellschaftspolitischen Konfliktlinie, da sie Fragen von Generationengerechtigkeit, Arbeitsmarkt und sozialer Sicherheit miteinander verwob.

Schulpolitik und Landwirtschaft

Zunehmend an Bedeutung gewannen zusätzlich Bildungs- und Umweltpolitische Fragen. In den Debatten wurde viel über Vorschläge wie kleinere Klassen in den Grundschulen und eine zwei-Lehrkräfte-Betreuung für spezifische Fächer diskutiert, um die sogenannte Folkeskole zu verbessern.

Gleichzeitig sorgte die intensive Landwirtschaft – insbesondere die Schweinezucht – für Diskussionen über Umweltbelastungen wie Nitrat im Grundwasser und die daraus resultierenden gesundheitlichen Folgen, wobei der blaue Block oftmals betonte, keine Notwendigkeit für Reformen zu sehen.

Fazit

Die politischen Auseinandersetzungen fanden vor dem Hintergrund der traditionellen Blockstruktur statt. Roter und blauer Block bilden weiterhin zentrale Orientierungspunkte, auch wenn die bisherige Mitte-Regierung diese Logik teilweise aufgebrochen hat. Innerhalb des roten Blocks wird eine sozial ausgerichtete Politik vertreten, während der blaue Block stärker wirtschaftsliberal und souveränitätsorientiert agiert.

Die Grönland-Frage bleibt der zentrale geopolitische Faktor. Dänemark reagiert mit stärkerer europäischer Einbindung und Kontrolle ausländischer Investitionen. Auch die Zusammenarbeit mit europäischen Partnern zeigt neue politische Dynamiken.

Es wird erwartet, dass sich die Regierungsbildung als kompliziert und langwierig gestalten wird. Mehrere Konstellationen sind denkbar, wobei die Moderaten eine entscheidende Rolle spielen dürften.

Insgesamt befindet sich Dänemark an einem politischen Übergangspunkt. Sicherheitspolitik, soziale Fragen, Renten, Umwelt und geopolitische Entwicklungen greifen ineinander und dürften die politische Agenda nachhaltig verändern. Die Zusammensetzung der neuen Regierung wird damit richtungsweisend für die zukünftige Ausrichtung des Landes sein.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Christine Leutenmüller
Leiterin des Regionalprojekts Nordische Länder
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit (EIZ)
www.kas.de/nordische

christine.leuchtenmueller@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)